

## EDITORIAL

Wir sind derzeit Zeuge der größten weltweiten Finanzmarktkrise seit 1929. Staatliche Finanzhilfen und Bürgschaften bisher ungekannten Ausmaßes sind in den vergangenen Wochen notwendig geworden, um den drohenden Kollaps des globalen Bankensystems zu verhindern. Auf allen Kontinenten sind die Auswirkungen der Krise bereits zu spüren.



Die Ratschläge der Experten, wie der Krise begegnet werden kann, gehen weit auseinander – und widersprechen sich sogar mitunter. Dieses macht es den Politikern nicht einfach, adäquat auf die Krise zu reagieren.

Über die Ursachen der Krise bestehen kaum Zweifel: die derzeitigen Probleme sind nicht durch einen Mangel an Marktfreiheit, sondern durch fehlende Ordnungsstrukturen an den zunehmend intransparenten Finanzmärkten hervorgerufen worden. Nicht ohne Grund stellte Bundespräsident Professor Dr. Horst Köhler bereits im Mai 2008 fest, dass sich die internationalen Finanzmärkte zu einem „Monster“ entwickelt hätten, das in die Schranken gewiesen werden müsse.

Das Defizit an Aufsicht und Kontrolle hängt stark mit dem seit einigen Jahren vorherrschenden Wunsch zur Liberalisierung der Wirtschaft, also mit der Befreiung der Märkte von regulatorischen Fesseln zusammen. So richtig es ist, die kreativen Kräfte einer Gesellschaft freizusetzen, die vorhandenen Barrieren zu beseitigen und den Wettbewerb der Ideen zu fördern, so ist vor dem Hintergrund der aktuellen Krise jedoch die Frage zu stellen, wo feste Regeln sinnvoll und notwendig sind.

Dies bedeutet nicht, dass der Staat sich dauerhaft am Wirtschaftsgeschehen beteiligen soll. Das Modell einer staatlich gelenkten Wirtschaft ist vor fast zwanzig Jahren endgültig gescheitert. Das Ordnungsmodell der Planwirtschaft hat mit

seinen ineffizienten Verfahren die wirtschaftliche Dynamik erstickt und in jeglicher Hinsicht marode Strukturen hinterlassen. Dort, wo sich die Planwirtschaft wie in Kuba oder Nordkorea bis heute erhalten hat, sind die Menschen täglich mit dem Mangel konfrontiert. Diese Erfahrungen zeigen, dass eine staatlich gelenkte Wirtschaft keine Lösung sein kann und die Marktwirtschaft anderen Wirtschaftsordnungsmodellen überlegen ist.

Unter der Führung von Ludwig Erhard hat die Bundesrepublik Deutschland in Abgrenzung zur sozialistischen Planwirtschaft das bestehende marktorientierte Wirtschaftssystem um wichtige Komponenten ergänzt und damit weiterentwickelt. Dieses Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ verbindet das Prinzip der Freiheit des Einzelnen auf dem Markt mit demjenigen der Ordnung, der Verantwortung und des sozialen Ausgleichs. Das Individuum agiert eigenverantwortlich innerhalb eines Rahmens, der vom Staat gestaltet, durchgesetzt und kontrolliert wird. Auf diese Weise entsteht eine sinnvolle und intelligente Verbindung von Freiheit und Sicherheit, von Subsidiarität und Solidarität, von Eigenverantwortung und Gemeinwohlorientierung.

Mit der Sozialen Marktwirtschaft hat der Westen Deutschlands in wenigen Jahren nachhaltiges Wachstum und einen kurz zuvor noch undenkbaren Wohlstand erreichen können, an dem alle Bevölkerungsschichten teilhaben. Seit 1990 können auch die Menschen in der früheren DDR von der Sozialen Marktwirtschaft profitieren. Ihre wirtschaftliche und soziale Integration in das bestehende Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland war trotz mancher Herausforderungen ein Beweis für die Leistungsfähigkeit dieses Wirtschaftsordnungsmodells.

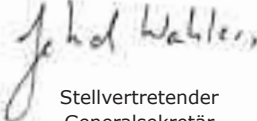
Im Ausland hat der große Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft enormes und anhaltendes Interesse geweckt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung führt daher seit Beginn ihres internationalen Engagements vor über 40 Jahren in zahlreichen Ländern den ordnungspolitischen Dialog mit den örtlichen Eliten. Regelmäßig veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung Konferenzen, Seminare oder Workshops zu Fragen der Wirtschaftsordnung. In zahlreichen Publikationen vermitteln wir Hintergründe des deutschen Wirtschaftsmodells. Eine der erfolgreichsten Veröffentlichungen ist das *Lexikon der Sozialen Marktwirtschaft*.

*schaft*, das inzwischen in elf Übersetzungen vorliegt, darunter Chinesisch, Vietnamesisch und Dari.

Die weltweite Finanzkrise hat staatliche Regulierungsmaßnahmen notwendig gemacht. Nach den kurzfristig erfolgten staatlichen Eingriffen braucht das internationale Finanzsystem jetzt eine langfristig angelegte ordnungspolitische Reform und Neuorientierung. Es besteht die Hoffnung, dass die größer gewordene Zahl wichtiger Akteure der internationalen Wirtschaftskooperation in einen konstruktiven Dialog eintreten und Institutionen und Organe schaffen, die Durchgriffsmöglichkeiten für die Umsetzung der gemeinsam geschaffenen Regelungen haben. Dabei können die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft eine zweckmäßige und nützliche Grundlage bilden.

Im Jahr 2006 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung den Dialog mit und zwischen den G5-Staaten Brasilien, Mexiko, Südafrika, China und Indien zu Fragen einer künftigen globalen Ordnungspolitik gestartet: Dabei steht die Forderung einer verstärkten Übernahme von politischer und wirtschaftlicher Verantwortung durch diese Länder in einem System der Global Governance im Mittelpunkt. Zwar hat sich die Erkenntnis, dass Problemstellungen von globaler Relevanz nicht mehr ohne diese bedeutsamen Nationen gelöst werden können, bereits durchgesetzt. Aber wenig präsent sind in der Debatte die Interessen der Schwellenländer im Hinblick auf eine Gestaltung des Globalisierungsprozesses: Welche Wahrnehmung haben diese Länder von der momentanen Konstellation der globalen Ordnung? Welche Strategien verfolgen sie mittel- und langfristige? Mit welchen Forderungen und konstruktiven Ideen wollen sich die G5 in die Weiterentwicklung der Weltordnung einbringen? Welche gemeinsamen Wertegrundlagen zur Kooperation mit diesen wichtigen Staaten bestehen?

Uns geht es darum, den Diskussionsgrund über die zentralen Elemente der in Deutschland erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft auf globaler Ebene zu gestalten. Die weltweite Finanzkrise bildet den Anlass und die Notwendigkeit, den weltweiten ordnungspolitischen Dialog 2009 zu einem zentralen Thema zu machen.



Stellvertretender  
Generalsekretär